

die gesamte sozialistische Opposition: Da die älteren Sozialisten die SDS-Mittelgruppe gegenüber der Parteiführung bedingungslos verteidigt hatten, führte der Ausschluß der sozialistischen Studenten auch zu einem Bruch der älteren Sozialisten mit der Partei, der sie nach 1945 beigetreten waren. Erstmals befand sich damit ein zwar kleines, aber intellektuell gewichtiges sozialistisches Potential außerhalb der Sozialdemokratie.

Die relative Isolierung der sozialistischen Linken begünstigte eine Tendenz, die sich ebenfalls in der zweiten Hälfte der 50er Jahre abgezeichnet hatte: Auf der Suche nach neuen politischen Orientierungen bekam die Auseinandersetzung mit den Entwicklungen in den anderen westlichen Ländern und in der Dritten Welt eine großes Gewicht. So tauchte ab Mitte 1961 erstmals der von der britischen *New Left* übernommene Begriff der *Neuen Linken* in der deutschen Diskussion auf. Damit war der Versuch verbunden, die Erfahrungen der US-amerikanischen Bürgerrechtsbewegung und der britischen *Campaign for Nuclear Disarmament* (CND), deren Vorbild die ab 1960 stattfindenden Ostermärsche inspiriert hatte, für die deutsche Linke produktiv nutzbar zu machen.⁶ Zudem entwickelte sich auf Initiative der IV. Internationale eine rege Algerien-Solidarität in Westdeutschland, die von den Arbeiter-Jugendverbänden sowie dem SDS mitgetragen wurde und einen Vorläufer für die spätere Auseinandersetzung mit dem Vietnam-Krieg bildete.

Die wichtigsten Impulse für die Neuorientierung der sozialistischen Linken in der Bundesrepublik resultierten – neben dem gewichtigen Einfluß des Frankfurter Instituts für Sozialforschung – aus der Auseinandersetzung der Vertreter der SDS-Mittelgruppe mit den älteren Sozialisten. Aus dieser konflikthaften, generationsübergreifenden Kooperation erwachsen zwei neue organisatorische Ansätze, die jede auf spezifische Weise an die Traditionen der sozialistischen Bewegung anknüpften und zu ihrer Aktualisierung beitrugen.

1. Die Diskussionen innerhalb der linkssozialistischen Opposition veranlaßten Peter von Oertzen 1959, eine Gruppe jüngerer Sozialisten aus dem SDS und den Juso um sich zu sammeln. Diese zunächst klandestine Organisation – der *Elzer Kreis* – ging jedoch bald in einem neuen Zeitschriftenprojekt, den *Arbeitsheften der Sozialwissenschaftlichen Vereinigung Duisburg* (AH), auf. Die Positionen der Redaktion der AH hatten als Bezugspunkt weniger die sozialistischen Neuordnungsvorstellungen der Nachkriegszeit, sondern sie knüpften wesentlich an den von Erich Gerlach und Konrad Frielinghaus entwickelten antietatistischen, syndikalistisch beeinflussten Positionen an. Innerhalb des SDS entfaltete dieser Kreis Anfang der 60er Jahre eine große Wirkung, da dieser staats- und parteikritische Ansatz mit den Erfahrungen der US-Bürgerrechtsbewegung und der Anti-Atomwaffenbewegung in Großbritannien kompatibel war und einen Ausweg aus der strategischen Sackgasse des klassischen Linkssozialismus wies.

2. Infolge des Konflikts zwischen der SPD-Parteiführung und dem SDS wurde 1960 auf Initiative von Heinz Brakemeier und Wolfgang Abendroth die *Sozialistische För-*

derergesellschaft (SFG) gegründet, deren Ziel zunächst in der materiellen und ideellen Unterstützung des SDS bestehen sollte. Mit dem Ausschluß des SDS wurde auch die Trennung der Partei von der SFG vollzogen. Die Umbenennung der SFG in *Sozialistischer Bund* (SB) markierte den Anspruch, auch über die Förderung des SDS hinaus die Debatte innerhalb der sozialistischen Strömung zu beleben. Dies gelang auch, jedoch nicht in der vom SB beabsichtigten Form. Der SB war stärker an den Positionen Abendroths orientiert, der einem klassischen strategischen Ansatz verpflichtet blieb. Seine fundierte Kritik an Teilen des SDS hatte aber eine wichtige Orientierungsfunktion und trug dazu bei, daß die Debatte ein hohes Niveau bekam. Die starke Betonung demokratischer Freiheitsrechte sowie außerparlamentarischer Politikformen gab zudem wichtige Impulse für eine Orientierung auf breitere gesellschaftliche Schichten.

In dem 1960 gegründeten SDS-Verbandsorgan *neue kritik* (nk) entfaltete sich nach dem Ausschluß des SDS und der SFG die kontroverse Debatte über die inhaltliche Neuorientierung der sozialistischen Linken, die tiefe Spuren im Selbstverständnis des SDS hinterließ. In diesen Jahren wurden Positionen geschärft, die, obwohl bereits in den 50er Jahren entwickelt, erstmals Gegenstand einer offen geführten Debatte innerhalb der Linken wurden. Wie in einem Laboratorium wurden die Argumente in der Diskussion erprobt und weiterentwickelt. Entfalteten diese Ansätze zunächst eine begrenzte Wirkung, fanden sie mit dem Erstarken der APO eine nachwirkende Verbreitung. Diese Debatten, die zur Konstitution einer *Neuen Linken* als politisch-organisatorischer Kraft führten, sind bisher nicht eingehend untersucht worden. Vor allem die syndikalistische Wende innerhalb eines Teils der sozialistischen Linken ist bisher nicht in ihrer weitreichenden Bedeutung herausgearbeitet worden.⁷ In den folgenden Kapiteln soll diese inhaltliche Neuorientierung nachgezeichnet werden.

1. Die antikolonialen Bewegungen und die westdeutsche Linke – das Beispiel des Algerien-Krieges

Während der politische Klassenkampf in den industriellen Metropolen aufgrund des Kalten Krieges weitgehend stillgestellt wurde, gewannen die sozialen und politischen Emanzipationsbewegungen in Asien und Afrika nach dem Zweiten Weltkrieg zunehmend an Gewicht. Die Unabhängigkeit Indiens und mehr noch der Sieg der Kommunistischen Partei in China entwickelte eine große Ausstrahlungskraft. Zudem waren seit der Konferenz im indonesischen Bandung 1955 die blockfreien Staaten der Dritten Welt unter der Führung Indiens, Indonesiens, Ägyptens und Jugoslawiens zu einer international wahrnehmbaren Kraft eines Dritten Weges jenseits von Kommunismus und Kapitalismus geworden. Für die sozialistische Linke in den westlichen Industrieländern

⁷ Vgl. Lönnendonker, *Revolte*, S. 56 ff. Der dort von Staadt analysierte Konflikt zwischen SDS und SB, der eher ein Konflikt zwischen AH und SB war und die Debatte zwischen von Oertzen und Abendroth fortsetzte, arbeitet die theoretischen Bezugspunkte der Frankfurter SB-Kritiker nicht heraus.

⁶ Vgl. Otto, *APO*, S. 57 ff.

wurden die antikolonialen Bewegungen ein wichtiger Bezugspunkt; in Westdeutschland war es insbesondere die IV. Internationale, die praktische Initiativen in dieser Richtung zu entfalten begann.

Der Aufstand gegen das französische Kolonialregime in Algerien, einer »der bedeutendsten nationalen Befreiungskämpfe nach dem zweiten Weltkrieg«,⁸ bekam für die westdeutsche Linke eine besondere Bedeutung. Im Gegensatz zu anderen französischen Kolonien wie etwa Tunesien und Marokko gab es in Algerien eine große Zahl französischer Siedler, die eine politische Unabhängigkeit vom französischen Mutterland kategorisch ablehnten. Da diese Position sich mehr oder minder alle etablierten politischen Parteien in Frankreich zu eigen machten, hatten die politischen Erfolge der algerischen nationalen Befreiungsbewegung (Front de Libération Nationale, FLN) nicht nur eine ungeheure Eskalation der Gewalt, sondern auch unmittelbar eine innenpolitische Krise in Frankreich selbst zur Folge. Während sich die französischen Kolonialtruppen immer mehr verselbständigten und die gesamte Republik immer weiter in den Krieg hineinzog, gingen kleine sozialistische und linkskatholische Kreise, welche den FLN ebenso wie die französischen Deserteure unterstützten, in Opposition.⁹ Diese nach ihren Kurierdiensten für den FLN genannten »Kofferträger« gingen mit dieser praktischen Verteidigung der Demokratie ein hohes individuelles Risiko ein, da neben staatlicher Verfolgung auch rechtsradikale Terrorgruppen gegen Befürworter einer algerischen Unabhängigkeit vorgingen. Das heterogene Spektrum der Kriegsgegner übernahm eine Funktion, die sich die KPF nicht einzunehmen getraut hatte.¹⁰ Die unnachgiebige Haltung der Algerienfranzosen und großer Teile der Armee brachte die IV. Republik an den Rand eines Bürgerkrieges, bis der Staatsstreich von Charles de Gaulle und die Etablierung der V. Republik die innere Zerrissenheit mit autoritären Mitteln überwand.¹¹ Die bürgerlichen Parteien, aber auch die sozialistische SFIO und die KPF zogen de Gaulle einem Putsch rechtsradikaler Generäle vor und besiegelten damit kampfflos das Ende der IV. Republik. Der Algerien-Krieg eskalierte jedoch unter de Gaulle zunächst weiter und endete erst 1962, nachdem die französische Position vollends unhaltbar geworden war, mit der formellen Unabhängigkeit des nordafrikanischen Landes.¹²

Die Bundesrepublik unterstützte Frankreich in dessen Kriegspolitik, ohne sich dabei allzusehr exponieren zu wollen. Offiziell handelte es sich um eine innere Angelegenheit Frankreichs. Dafür hatte die Bundesregierung triftige Gründe: Einerseits basierte die

8 Frank Renken, Kleine Geschichte des Algerienkrieges. In: Christiane Kohser-Spohn/ders. (Hrsg.), Trauma Algerienkrieg. Zur Geschichte und Aufarbeitung eines tabuisierten Konflikts. Frankfurt/M. 2006, S. 29.

9 Diese Opposition hatte eine breite, aber passive Massenbasis. In den französischen Truppen hatte es zahlreiche Fälle kollektiver Befehlsverweigerung gegeben, sodaß in herrschenden Kreisen die Angst vor einer allgemeinen Meuterei aufkam. Renken, Algerienkrieg, S. 36.

10 Vgl. Jean-Paul Kahn, Bedrohung für die deutsch-französischen Beziehungen? Die Bundesrepublik Deutschland und der Algerienkrieg. In: Kohser-Spohn/Renken, S. 232.

11 Renken, Algerienkrieg, S. 40 ff.

12 Ebd., S. 42 ff.

Politik der Stärke der Regierung Adenauers auch auf dem Rückhalt durch Frankreich. »In der Algerienfrage wurde Deutschland damals von Frankreich regelrecht erpreßt. Und zwar nach dem Motto: ›Wenn Ihr nicht anerkennt, daß Algerien zu Frankreich gehört, werden wir nicht anerkennen, daß Ostdeutschland, sprich die DDR, zur Bundesrepublik gehört.«¹³ Andererseits galt es auch, die eigenen Interessen im arabischen Raum zu wahren und die eigene diplomatische Reputation nicht zu beeinträchtigen.¹⁴ Es sollte vermieden werden, daß Staaten der Dritten Welt die DDR diplomatisch anerkennen und damit politisch aufwerten. Solange eine Unabhängigkeit Algeriens nicht in Reichweite lag, war dieses Problem jedoch sekundärer Natur. »Die Hierarchie der Prioritäten – Frankreich blieb in allen ausschlaggebenden Fragen der wichtigere Partner – führte Bonn zu einer ›asymmetrischen Spagatpolitik«, bei der Paris klar bevorzugt, den arabischen Ansprüchen allerdings, solange man Frankreich nicht allzusehr verärgerte, Entgegenkommen gezeigt wurde.«¹⁵ Ab 1958 begann sich das Blatt jedoch langsam zu wenden, da die Position Frankreichs in Nordafrika immer haltloser wurde und die USA zunehmend offener über die algerischen Gewerkschaften dem FLN Unterstützung zukommen ließen.

Die SPD bewegte sich weitgehend auf der Linie der Regierung Adenauer, zumal die massivste Eskalation des Krieges in Algerien 1956 unter einer sozialistisch geführten Koalitionsregierung erfolgte.¹⁶ Regierungschef Guy Mollet von der sozialistischen SFIO ließ sich 1956 mit Zustimmung der Kommunisten Sondervollmachten zur Niederschlagung des Aufstandes bewilligen.¹⁷ Der Krieg in Algerien war ein heißes Eisen, das in Westdeutschland nach Möglichkeit niemand in die Hand nehmen wollte. Zwei Umstände erschwerten jedoch eine Vogel-Strauß-Politik: Der FLN agierte, gestützt auf die algerischen Einwanderer, auch im französischen Mutterland. Angesichts zunehmender Repressionen durch die französischen Behörden wurde für den FLN Westdeutschland zunehmend als Rückzugsgebiet interessant. Zudem kamen Ende der 50er Jahre Tausende Algerier – die Zahlen bewegen sich zwischen drei- und sechstausend Flüchtlingen – in die Bundesrepublik, um der Verfolgung durch die französische Polizei auszuweichen.¹⁸ Zum anderen kämpften etwa 18 000 junge Deutsche in der Fremdenlegion auf Seiten der französischen Kolonialarmee – ein Thema, das sich innenpolitisch nur schwer unter der Decke halten ließ.¹⁹ Angesichts der Versuche der offiziellen Politik, den Algerien-Krieg aus der öffentlichen Debatte herauszuhalten, ergriffen nach dem Vorbild der französischen »Kofferträger« auch in der Bundesrepublik Linkssozialisten und Linkskatholiken die Initiative und unterstützten sowohl die französischen Kriegs-

13 Jakob Moneta, Ein Kofferträger. Erinnerungen an die Algeriensolidarität. SOZ Nr. 2. Februar 2005.

14 Thomas Scheffler, Die SPD und der Algerienkrieg (1954–1962). Berlin 1995, S. 11.

15 Kahn, Beziehungen, S. 230.

16 Scheffler, SPD, S. 41.

17 Ebd., S. 42. Renken, Algerienkrieg, S. 36 ff.

18 Kahn, Beziehungen, S. 231. Hans-Jürgen Wischnewski nennt die Zahl von fünf- bis sechstausend Algeriern. Scheffler, SPD, S. 59.

19 Kohser-Spohn/Renken, Trauma, S. 225.

gegner als auch den FLN. Dabei nahmen die Mitglieder der IV. Internationale mit ihren hervorragenden internationalen Kontakten eine wichtige Scharnierfunktion ein. Für die sozialistische Opposition hatte diese Solidaritätsarbeit eine weitreichende Bedeutung: Angesichts zunehmender Marginalisierung verhalf die Orientierung an den Bewegungen in der Dritten Welt zu einer Stabilisierung der eigenen organisatorischen Zusammenhänge. Im gewissen Sinne erfüllte der Algerien-Krieg für die Politisierungserfolge der *Neuen Linken* eine ähnliche Funktion wie der Vietnam-Krieg in den 60er Jahren.

Vom abstrakten Internationalismus zur konkreten Solidaritätsarbeit für den FLN

Die internationale Solidarität mit den antikolonialen Revolutionen in der Dritten Welt bildeten ab Mitte der 50er Jahre einen zunehmend bedeutenderen programmatischen Bestandteil in der Publizistik der sozialistischen Linken. Der Anstoß dazu kam vor allem aus Frankreich und Großbritannien, deren Status als Kolonialmächte durch den Zweiten Weltkrieg erschüttert worden war. Die Frage der Entkolonialisierung war eng mit der Reorganisation der französischen Linken zur *Nouvelle Gauche* und der britischen zur *New Left* verbunden. Beide Strömungen wandten sich kritisch gegen die Kolonialpolitik ihrer Regierungen und setzten sich damit auch von den großen Arbeiterparteien ab. Die Auseinandersetzung mit den Themen der Wochenzeitung *L'Observateur* oder den Positionen des *Movement for Colonial Freedom* ließen die Frage der Entkolonialisierung ins Blickfeld der westdeutschen Sozialisten rücken.²⁰ Es waren aber zunächst einzelne Autoren, die sich aus naheliegenden Gründen näher mit dem Thema befaßten: So war für Frits Kief die Entkolonialisierung Indonesiens eine unmittelbare Streitfrage in der niederländischen Sozialdemokratie gewesen,²¹ Heinz Abosch konnte als Korrespondent des *Vorwärts* in Frankreich unmittelbar die Debatten der französischen Linken verfolgen, und für die Trotzlisten, die über ihre Schwesterorganisationen über Informationen aus erster Hand verfügten, gehörte die Auseinandersetzung mit den sozialrevolutionären Bewegungen in aller Welt zum integralen Bestandteil ihres organisatorischen Selbstverständnisses. Die Beschäftigung mit den antikolonialen Bewegungen hatte jedoch zunächst einen mehr allgemeinen, aufklärerisch motivierten Charakter und keine konkreten Bezugspunkte für die politische Praxis in Westdeutschland selbst. Exemplarisch dafür war ein Beitrag Frits Kiefs in der *AZ*. Kief kritisierte vehement die Doppelmoral der europäischen Sozialdemokratie gegenüber den Bevölkerungen in den Kolonien und die mangelnde Auseinandersetzung mit den Klassenkämpfen dort. Die Sozialdemokratie habe die Bedeutung der Industrialisierung der Dritten Welt nicht erkannt, obwohl der Schwerpunkt des weltweiten Klassenkampfes sich dorthin verlagert habe. »Die europäische Sozialdemokratie steht vor der Alternative, ob sie ein Element der Konterrevolution gegen die um Freiheit kämpfenden Völker oder aber der Bundesgenosse

20 Vgl. »Französische Stimmen zur deutschen Frage«, *AZ* Nr. 5 v. 9. 6. 1955, S. 5.

21 Vgl. Kapitel II.5, S. 390 ff.

der revolutionären Arbeiterschaft sein soll.«²² Für die Konflikte in der SPD war die Frage im Gegensatz zur PvdA zunächst sekundärer Natur. Es war der mit den Trotzlisten sympathisierende SDSler Jürgen Kraft, der die besondere Bedeutung der antikolonialen Bewegungen für viele Sozialisten in den Industrieländern hervorhob.²³ Kaum jemand, so Kraft, glaube noch an eine revolutionäre Entwicklung in den Industrieländern. Daher spielten die Kolonialrevolutionen im Bewußtsein vieler Sozialisten eine wichtige Rolle: »Die kleine Arbeiterklasse in den kolonialen Gebieten, die plötzlich aus ihrer feudalen Vergangenheit in die industrielle Entwicklung hineingerissen wurde, treibe – so meinen sie – die Klassenkämpfe in diesen Ländern in ein revolutionäres Fahrwasser und schaffe sich dabei mit Notwendigkeit revolutionäre Parteien. Diese Genossen erhoffen sich also von der kolonialen Revolution einen Fortschritt, der ihnen in Europa im Augenblick unmöglich zu sein scheint.« Einen Versuch, den allgemeinen historischen Inhalt der antikolonialen Bewegungen in Zusammenhang mit den Entwicklungen in den Metropolen zu bestimmen, unternahm Kraft jedoch nicht. Immerhin war es einer der ersten Versuche, das Verhältnis der westdeutschen Sozialisten zum Antikolonialismus überhaupt zu reflektieren.

Im Laufe des Jahres 1955 zeichnete sich mit der Revolution in Algerien ein Thema ab, das in der sozialistischen Publizistik an Bedeutung gewinnen und unmittelbare praktische Dimensionen erhalten sollte. Für die Trotzlisten kam der konkrete Anstoß zur Beschäftigung mit der algerischen Revolution von französischen Genossen der IV. Internationale.²⁴ Diese Thematisierung blieb aber zunächst auf einer abstrakten Ebene, indem an die Sozialistische Internationale appelliert wurde, Stellung zu beziehen.²⁵ Die gestiegene Bedeutung des algerischen Befreiungskampfes erläuterte Willy Boepple in einem Kommentar in der *SoPo* zur Tagung der Sozialistischen Internationale in Wien: »Es klingt vielleicht etwas übertrieben, wenn wir Algerien in die Reihe der Weltprobleme aufrücken lassen. (...) Die algerische Frage ist nicht nur weltpolitisch bedeutsam, weil sie droht, die französische Demokratie zu vergiften, die gerade dabei ist, durch die Erlassung von Ausnahmegesetzen Selbstmord zu begehen. Die Algerienfrage ist zum Gradmesser der sozialistischen Politik in Asien und Afrika geworden.«²⁶ Positiv hob Boepple hervor, daß der Internationale Bund Freier Gewerkschaften (IBFG), der in Tunis getagt hatte, mit einer deutlicheren Stellungnahme als die Sozialistische Internationale hervorgetreten sei. Der IBFG habe die Bereitschaft gezeigt, sich dem Problem zu stellen; die Sozialistische Internationale habe dagegen »nicht einmal den Mut gefunden, die gegen die Kommunisten so oft ins Feld geführten Menschenrechte

22 Frits Kief, *Sozialismus in unserer Zeit*, *AZ* Nr. 5 v. 2. 2. 1956, S. 5.

23 Jürgen Kraft, *Kolonialreformismus*, *SoPo* 3/1955, S. 4 f. Kraft war seit 1953 Vorsitzender der »seinerzeit wohl profiliertesten SDS-Gruppe« Göttingen, zu der auch Helmuth Dahmer gehörte. Briem, *SDS*, S. 28.

24 Alles, Boepple, S. 122.

25 »Die französische Kolonialschande in Marokko und Algerien. Wo bleibt die Aktion der Internationale?« *SoPo* 9/1955, S. 6. Dieser Beitrag ist ungezeichnet.

26 »Zweimal Zweite Internationale«, *SoPo* 8/1957, S. 4 f.

der Algerier offen zu verteidigen.«²⁷ In einem Artikel zur Suez-Krise im September 1956 übte Willy Boepple erneut heftige Kritik an der teilnahmslosen Haltung der Sozialdemokratie und der anderen westlichen Arbeiterparteien: Die II. Internationale sei völlig indifferent in Bezug auf Algerien und Ägypten. »Sie hat nichts dazu zu sagen, daß ein sozialdemokratischer Ministerpräsident eine Politik des permanenten Krieges in Algerien für richtig hält, und daß ein sozialdemokratischer Sonderbeauftragter diese Politik der militärischen Gewalt durchführt.« Auch die SPD bleibe passiv, sodaß die Bundesregierung eine Einladung zur internationalen Suez-Konferenz unkritisiert annehmen könne. Dabei wäre erforderlich, »der Bundesregierung durch eine Kampfansage, wie sie die englischen Gewerkschaften gaben, unmißverständlich klar zu machen, daß sie sich innenpolitisch auf ein Pulverfaß setzt, wenn sie sich nicht aus diesem Konflikt heraushält.«²⁸ Im November wiederholte Boepple diese Forderung.²⁹ Angesichts eines Dritten Weltkrieges, der durch die Intervention Großbritanniens und Frankreichs in der Suezkrise drohe, solle die SPD über die II. Internationale Druck auf die westlichen Verbündeten ausüben. Vor dem Hintergrund der politischen Situation der westdeutschen Arbeiterbewegung war ein solches Ansinnen – auch wenn es mit der britischen Arbeiterbewegung ein politisches Vorbild gab – eine Wunschvorstellung. Die SPD hatte kein Interesse, ohne zwingenden Grund in einen Konflikt mit den französischen Sozialisten und der Bundesregierung zu geraten. Die Kritik Boepples blieb daher ebenso ohne konkreten Adressaten wie die Heinz Aboschs, der die Doppelzüngigkeit der SPD anprangerte: »Wie protestierte man doch in Sachen Ungarn! Wiegen etwa die arabischen Opfer weniger schwer? Was macht sich unglaublich und verrät ein unsozialistisches Interesse, wenn man gegen ›gewisse‹ Opfer protestiert, die anderen aber übersieht.«³⁰

Praktische Solidaritätsarbeit für den FLN

Erst Ende der 50er Jahre gewann die algerische Frage eine unmittelbar praktische Dimension. Den Hintergrund bildete die Flucht zahlreicher Algerier nach Deutschland, die in Frankreich sozial diskriminiert oder politisch verfolgt wurden. Vor allem die Gewerkschaften, aber auch die Arbeiterjugendverbände und die Caritas kümmerten sich um eine materielle Unterstützung der Flüchtlinge.³¹ Deren Status war umstritten, da man Frankreich nicht offiziell unterstützen konnte, die Algerier aus politischen und rassischen Gründen zu verfolgen. Die Bedrohung für die algerischen Aktivisten, nach Frankreich abgeschoben zu werden, machte eine offensive Verteidigung des Asylrechts

27 Ebd.

28 »Suez und die friedliche Koexistenz«, *SoPo* 9/1956, S. 1 f.

29 »Der Dritte Weltkrieg droht«, *SoPo* 11/1956, S. 5.

30 Heinz Abosch, »Die SPD und der Kolonialismus«, *SoPo* 3/1958, S. 2 f. Abosch, zeitweise Mitglied der IKD, war Korrespondent des *Vorwärts* in Paris, wo er bis 1956 lebte. Er arbeitete als Autor für die *Funken*, die *Andere Zeitung* sowie die *Werkhefte*. Vgl. Kreter, *Funken*, S. 187.

31 Kahn, *Beziehungen*, S. 232.

notwendig.³² Aus den Reihen der sozialdemokratischen Linken, der sozialistischen Jugendverbände, des SDS und des DGB wurden 1958/59 Komitees gebildet, deren Aufgabe darin bestand, die Flüchtlinge in der Bundesrepublik gegenüber den Behörden politisch zu unterstützen.³³ Eines dieser Komitees für Algerienhilfe wurde von dem Hamburger Bundestagsabgeordneten Peter Blachstein geleitet; von der IG-Metall gegründeten Werner Thönessen, der sehr gut französisch sprach, und Hans Matthöfer mit Zustimmung Otto Brenners ein Hilfskomitee.³⁴ Daneben gab es zahlreiche lokale Gruppen, die vor allem von linken Sozialdemokraten und Gewerkschaftern, aber auch linkskatholischen Kreisen getragen wurden.³⁵ Der SDS kümmerte sich um die algerischen Studenten, die in die Bundesrepublik kamen. Dabei machte sich der FLN zusammen mit seinen deutschen Unterstützern geschickt die aus der deutschen Zweistaatlichkeit resultierenden Widersprüche zunutze: Die algerischen Studenten flüchteten zunächst in die DDR, die ihrerseits trotz ihrer Unterstützung der algerischen kommunistischen Partei PCA an guten Kontakten zum FLN interessiert war. Von dort aus siedelten sie nach Westdeutschland über, um als DDR-Flüchtlinge studentische Sonderstipendien erhalten zu können. Die westdeutschen Behörden ihrerseits konnten schlechterdings kein Interesse daran haben, in den Ruf zu kommen, DDR-Flüchtlingen die Unterstützung zu verweigern.³⁶

Durch die Repressionen in Frankreich bekam auch die Tätigkeit des FLN in der Bundesrepublik einen größeren Umfang.³⁷ Die direkte Unterstützung des FLN durch quasi im Untergrund stattfindende Aktivitäten gewann an Bedeutung. Eine Vorreiterrolle spielte dabei Jakob Moneta, Mitglied der IV. Internationale und damals Sozialattaché an der deutschen Botschaft in Paris. Moneta wurde vom Sekretär der IV. Internationale, Michalis Raptis, gebeten, gefährdete FLN-Funktionäre in seiner Wohnung zu verstecken und als Geldkurier zu fungieren. Beteiligt an derartigen Diensten waren auch Ernest Mandel, der Bundestagsabgeordnete Hans-Jürgen Wischniewski, ein Sympathisant der IV. Internationale, und Georg Jungclas.³⁸ Jungclas hatte bereits 1956 mit seiner Frau Leni drei Funktionäre des FLN über die deutsch-französische Grenze gebracht.³⁹ Ab 1960 organisierte Jungclas mit anderen Funktionären der IV. Internationale die weltweite Anwerbung von Facharbeitern für die Waffenproduktion in Marokko.⁴⁰ Die Aktivitä-

32 »Verteidigt das Asylrecht«, *SoPo* 10/1957, S. 4.

33 Vgl. Leggewie, *Kofferträger*, S. 169 ff.

34 Werner Thönessen, *Mein Tor zur Welt. Ein Lebensweg als Gewerkschafter und Intellektueller*. Hamburg 2005, S. 101.

35 Vgl. Pirker, SPD, S. 100.

36 Gespräch mit Manfred Heckenauer v. 10. 3. 2004, S. 5. Fritz Taubert, *Ideologie oder Macchiavellismus. Die Algerien-Politik der DDR*. In: Kohser-Spohn/Renken, *Trauma*, S. 260.

37 Vgl. Leggewie, *Kofferträger*, S. 41 ff.

38 Moneta, *Kofferträger*.

39 Leggewie, S. 104 f.

40 Ebd., S. 118 ff. Als Modell hatten Mitglieder der IV. Internationale dazu Maschinengewehre belgischen Typs aus Beständen europäischer Armeen gestohlen. Ebd., S. 122. Theo Pirker, der nach eigenen Angaben den FLN militärisch beriet, hatte in der DDR gegen den Willen der SED Anleitungen für ein tschechisches Maschinengewehr besorgt. Jander, Pirker, S. 102.

ten der Trotzlisten nahmen einen derartigen Umfang an, daß sich die DDR zu einer Kampagne gegen die trotzkistische Algerienolidarität veranlaßt sah.⁴¹ Eine wichtige Beraterfunktion bei technischen und logistischen Fragen spielte auch Konrad Frielinghaus, der 1959 nach Algerien ging und dort im militärischen Arm des FLN, der ALN (Armée de Libération Nationale), hochrangige Funktionen wahrnahm.⁴²

Neben derartigen Tätigkeiten wurden aber auch zahlreiche legale Aktivitäten entwickelt. Auf Initiative von Willy Boepple und Georg Jungclas wurde in Köln der *Arbeitskreis Freies Algerien* gegründet, bei dem an führender Stelle Hans-Jürgen Wischniewski mitarbeitete. Wischniewski nutzte seine parlamentarische Immunität, um einen schützenden Schirm über die Algerien-Solidarität zu halten und auf die Politik der SPD und der Bundesregierung Einfluß zu nehmen. Er war zunächst auch formal der Herausgeber der seit Herbst 1958 erscheinenden und von Georg Jungclas redigierten Zeitung *Freies Algerien*, die mit einer Auflage von drei bis sechstausend Exemplaren herausgebracht wurde. Wischniewski mußte sich jedoch bald aus taktischen Gründen von der Herausgeberschaft zurückziehen. Eine öffentlichkeitswirksame Protestaktion gegen das Treffen Adenauers mit de Gaulle in Bad Kreuznach 1958 und die Demonstration mit pro-algerischen Transparenten am 1. Mai desselben Jahres schreckten die SPD-Parteiführung auf,⁴³ zumal die französische Botschaft beim SPD-Parteivorstand wegen der Aktivitäten aus den Reihen der Sozialdemokratie intervenierte.⁴⁴ Wischniewski wurde unter Druck gesetzt, sich in der Algerienfrage nicht zu exponieren.⁴⁵ Bezeichnenderweise wurde von der SPD-Führung am *Freien Algerien* vor allem moniert, es sei in Parteigliederungen der Eindruck entstanden, es handle sich um ein kommunistisches Tarnorgan.⁴⁶ An Wischniewskis Stelle fungierten als Herausgeber der Vorsitzende der Kölner Juso,

41 Ebd., S. 102.

42 Leggewie, Kofferträger, S. 124 ff. Frielinghaus, 1907 in Oppeln als Sohn eines deutschen Beamten geboren, studierte zwischen 1928 und 1935 Bergbaukunde, Betriebswirtschafts- und Volkswirtschaftslehre in Berlin. Von 1933 bis zu seiner Verhaftung 1935 leistete er als Mitglied von *Neu Beginnen* Widerstand gegen das NS-Regime. Nach seiner Entlassung aus dem Zuchthaus 1938 war er als Bergbauingenieur in verschiedenen Bergwerken des Erz- und Steinkohlebergbaus tätig. Frielinghaus wurde zum Strafbataillon eingezogen und zunächst an der Ostfront eingesetzt. Bei Leningrad versuchte er vergeblich, überzulaufen. Nach seiner Verlegung nach Italien gelang es ihm, 1944 zu den Partisanen zu desertieren. Von 1945 bis 1948 war er Bergbauingenieur bei der Gelsenkirchener Bergwerks-AG. Ab 1948 hauptamtlicher Sekretär der IG-Bergbau, wurde er 1949 wegen seiner KP-Mitgliedschaft abgesetzt. Bei dem bei Kössler (KPD, S. 212) genannten Gewerkschaftssekretär, der 1949 wegen angeblicher Weitergabe statistischen Materials an den FDGB entlassen wurde, handelt es sich vermutlich um Frielinghaus. Er verdingte sich bis 1956 als Arbeiter in der Industrie und bezog dann eine Pension, nachdem Fritz Erler, der letzte Inlands-Leiter von *Neu Beginnen*, für ihn gebürgt hatte. Frielinghaus blieb Mitglied der KP auch in der Illegalität nach 1956. Nach dem XX. Parteitag der KPdSU übte er zunehmend Kritik am Kurs der KPD und wurde schließlich 1958 zusammen mit seiner Frau Katja, die Referentin beim PV der KPD war, aus der Partei ausgeschlossen. In der Folge stieß er zur sozialistischen Linken. Mitteilung Adolf Brock v. 13. 2. 2007.

43 Jungclas, Dokumentation, S. 244.

44 Scheffler, Algerienkrieg, S. 61.

45 Ebd., S. 65.

46 Ebd., S. 62.

Willi Glomb, und der Schwiegervater von Jungclas, Willy Pertz.⁴⁷ Finanziert wurde die Zeitung, in der neben Artikeln aus der französischen linksliberalen Presse die vom späteren *SoPo*-Mitarbeiter Peter Schuh übersetzten Erklärungen der algerischen Befreiungsfront veröffentlicht wurden, vom FLN.⁴⁸ Die Zeitung wurde wegen der Brisanz des veröffentlichten Materials, aber auch wegen der begrenzten Möglichkeiten, in anderen Zeitschriften derartiges Material zu veröffentlichen, aus der Taufe gehoben. Eine große Verbreitung fand *Freies Algerien* nicht, die Zeitung wurde aber von Journalisten als zuverlässige Quelle benutzt.⁴⁹

Eine Tätigkeit, die ebenfalls mit einer breiten Öffentlichkeitsarbeit verknüpft war, bestand darin, deutsche Fremdenlegionäre zur Desertion zu bewegen und nach Deutschland zurückzuführen.⁵⁰ Diese Aufgabe wurde von einem deutschen FLN-Mitglied, Si Mustapha Müller alias Winfried Müller, koordiniert. Müller stammte aus jüdischem, konservativ-monarchistischem Elternhaus, war 1945 mit der Gruppe Ulbricht nach Berlin gekommen und hatte in den späten 40er Jahren unter dem Namen Winfried Mauser an der Parteihochschule der SED in Kleinmachnow studiert.⁵¹ Nach seinem Bruch mit dem Parteikommunismus war Müller 1950 in der UAP aktiv. Unter Müllers Regie wurden deutsche Fremdenlegionäre in Algerien aktiv zum Überlaufen animiert und nach Deutschland zurückgeführt. Schnell wurde Müller zum »Feind Nr. 1« der Fremdenlegion.⁵² Die Abwerbungskampagnen verliefen äußerst erfolgreich; so gelang es Müller und seinem Rückfuhrdienst, an dem auch der DDR-Flüchtling Ulrich »Mourad« Kusserow und der Friedensaktivist und Ostermarschierer Klaus Vack beteiligt waren, etwa 3000 – Leggewie spricht von bis zu 7000 – Fremdenlegionäre nach Deutschland zurückzubringen.⁵³ Die FLN-Vertreter machten sich dabei auch die Rivalitäten der beiden deutschen Staaten zunutze. Müller, der als angeblicher Trotzlist den DDR-Behörden mehr als verdächtig war, nahm als offizieller Vertreter des von der SU unterstützten FLN Kontakt zur DDR auf, um über die Rückführung von Fremdenlegionären zu verhandeln. Die DDR-Vertreter konnten ein solches Ansinnen einerseits nicht ablehnen, andererseits wurde bald deutlich, daß Müller, wie ein DDR-Unterhändler feststellte, »mit

47 Leggewie, Kofferträger, S. 115.

48 Ebd., S. 116.

49 Kahn, Beziehungen, S. 234.

50 Ebd., S. 83 ff.

51 Weber, Wunderlich, S. 209. Müller wurde 1926 in Wiesbaden geboren. Während des Krieges wurde er bei Verwandten in Innsbruck untergebracht. Müller wurde wegen antinazistischer Wandparolen verhaftet und in das KZ Mauthausen deportiert. Auf Intervention eines SS-Mannes gelangte er zum Strafbataillon und wurde an der Ostfront eingesetzt. Nach erneuter Widerstandstätigkeit gelang ihm die Desertion. Als Mitglied des Nationalkomitees Freies Deutschland wurde er für die Gruppe Ulbricht rekrutiert. Nach einem Einsatz in Österreich baute er in Wiesbaden die FDJ auf. Vgl. Leggewie, Kofferträger, S. 89 ff.

52 Über Müller gibt es einen Dokumentarfilm: Erika Fehse, »Si Mustapha Müller – kurze Zeit des Ruhms«, BRD 1992.

53 Vgl. Ulrich Kusserow, *Flaneur zwischen Orient und Okzident*. Mainz 2002. Von den ca. 15 000 deutschen Legionären sollen laut Leggewie zwischen 4000 und 7000 vom ENL und seinen deutschen Unterstützern abgeworben worden sein. Leggewie, Kofferträger, S. 101.

dem Beispiel der verstärkten Hilfsleistung aus der DDR westdeutsche Stellen animieren will.«⁵⁴ Darüber hinaus sollten potentielle Fremdenlegionäre abgehalten werden, sich zum Kriegsdienst zu melden. Auf zahlreichen öffentlichen Veranstaltungen und mit einer geschickten Pressearbeit wurden nicht nur die Brutalitäten der Fremdenlegion bekannt gemacht, sondern auch das besondere Risiko und die Strapazen für die Legionäre hervorgehoben.⁵⁵ Diese praktische Solidaritätsarbeit war mit viel Mühe und einem hohen Risiko verknüpft, da nicht nur mit einem Eingreifen der deutschen Behörden gerechnet werden mußte. Auch mögliche Anschläge durch die französische rechtsradikale Terrororganisation Rote Hand stellten eine reale Bedrohung dar.⁵⁶

Der durch diese Aufklärungsarbeit erzeugte politische Druck zeitigte Wirkung auf die SPD. Die hohe Zahl deutscher Fremdenlegionäre in den französischen Kolonialarmeen⁵⁷ war bereits Anfang der 50er Jahre von den Jusos in einer Kampagne thematisiert worden, und auf ihre Initiative wurde das Anwerben junger Deutscher für den Wehrdienst einer ausländischen Macht unter Strafe gestellt.⁵⁸ 1954 hatte es eine diesbezügliche, von der SPD beantragte Bundestagsdebatte gegeben. Als der Parteivorstand nach der Niederlage bei den Bundestagswahlen 1957 geschwächt war, gelang es der kleinen Algerien-Lobby in der SPD, eine Trendwende einzuleiten. Mit Unterstützung der linkssozialistischen Gruppen wandte sich der FLN direkt an die deutsche Sozialdemokratie.⁵⁹ Auf dem Stuttgarter Parteitag der SPD 1958 erhielt eine eingeschmuggelte Delegation des FLN zwar kein Rederecht, es zirkulierte aber das offene Schreiben der Algerier an den Parteivorstand. Darin wurde die indifferente Haltung der SPD hinsichtlich der Unterstützung in Höhe von einer Milliarde Deutsche Mark, die die Regierung Adenauer de Gaulle gewährt hatte, kritisiert. Der Parteivorstand versuchte, sich unbeeindruckt zu zeigen. Zwar mahnte der Parteivorsitzende Erich Ollenhauer auf dem Parteitag an, die französischen Sozialisten sollten »nach einer friedlichen und gerechten Lösung des Algerienproblems im Geiste der Selbstbestimmung« suchen.⁶⁰ Mehr als ein Lippenbekenntnis war das allerdings nicht. In einer in Stuttgart vom Parteivorstand eingebrachten Entschließung wurde sogar versucht, die Gewaltausübung des FLN dem Terror der französischen Armee gleichzustellen.⁶¹ Erst auf Intervention von Hans-Jürgen Wischniewski und Peter Blachstein wurde diese Formulierung schließlich gestrichen.⁶² Die Gewalttätigkeit, mit der eine Nation ein anderes Volk unterdrücke, dürfe, so Blachstein auf dem Parteitag, nicht mit denselben Maßstäben gemessen werden wie diejenige eines Volkes, das für

54 Zitiert nach Taubert, *Ideologie*, S. 251.

55 Exemplarisch dafür: »Brief aus der Fremdenlegion«, *SoPo* 1/1958, S. 4. Vgl. Leggewie, *Kofferträger*, S. 94 ff.

56 Jungclas, *Dokumentation*, S. 247.

57 Die französische Fremdenlegion bestand zu zwei Dritteln aus jungen Deutschen. Insgesamt sollen 15 000

Deutsche in der Legion gewesen sein. Leggewie, *Kofferträger*, S. 29.

58 Scheffler, *Algerienkrieg*, S. 39.

59 »Algerien appelliert an die SPD«, *SoPo* 5/1958, S. 5 f.

60 *Hannoversche Presse* (HP) v. 20. 5. 1958.

61 Leggewie, *Kofferträger*, S. 160.

62 *Ebd.*, S. 161.

seine Emanzipation kämpfe.⁶³ Für die sozialistische Linke stellte das einen wichtigen Etappensieg dar. Der Algerien-Krieg, so der Kommentar der *SoPo*-Redaktion zum Stuttgarter Parteitag, zerstöre die Fiktion der freien Welt. »Die SPD fürchtet sich bis jetzt, an dieser Fiktion das Geringste zu revidieren. Man mag zwar noch von der ›Demokratie‹ in Bonn und Paris schwärmen, in Algerien, Sakiet⁶⁴ und Zypern sieht sie blutig aus und ist nichts als eine Phrase zur Bemäntelung schamlosester, im Wesen faschistischer Unterdrückung.«⁶⁵ Der algerische Appell sei eine Warnung und sollte den Anlaß geben, den eigenen Standpunkt zur Kolonialfrage zu bestimmen.

Nach dem Erfolg der Algerien-Lobby auf dem Stuttgarter Parteitag und dem Zusammenbruch der IV. Republik kam es zu einem graduellen Kurswechsel der SPD. 1958 unternahm die SPD-Fraktion erneut einen Vorstoß in Bezug auf die deutschen Fremdenlegionäre. Im Bundestag forderte sie von der Regierung Adenauer, sie solle in Paris gegen die Anwerbung junger Deutscher in Rheinland-Pfalz und deren Einsatz in Algerien protestieren. Die deutschen Fremdenlegionäre schädigten »das Ansehen des deutschen Volkes«. Sie würden »gegen Völker eingesetzt, die um ihre Freiheit und Unabhängigkeit« kämpften.⁶⁶ Selbst Parteivorstandsmitglied Willi Eichler bemerkte nach der Errichtung eines elektrischen Zaunes an der Grenze zwischen Algerien sowie Marokko und Tunesien, damit werde Algerien zu einem »Konzentrationslager« – eine drastische Formulierung, die von Teilen der Presse übernommen wurde.⁶⁷

In der SPD blieb die Algerien-Frage aber weiter umkämpft: Während die sozialistische Linke den Finger in die Wunde legte, versuchte der Reform-Flügel, das Thema herunterzuspielen. In der sozialdemokratischen Presse fand eine tiefere Auseinandersetzung mit den Ursachen des Antikolonialismus kaum statt, wie Boepple an einem Artikel von Hans Drugis im *Vorwärts* über Kuba exemplarisch kritisierte: »Hans Drugis vermeidet es, die Urheber und Helfershelfer der blutigen Batista-Diktatur – das amerikanische Kapital und seine Regierung – direkt anzugreifen. Das erlaubt den Schluß, daß der von ihm gewählte Untertitel ›Was sich die freie Welt auf Dauer nicht leisten kann‹ kein Zufall ist, was wiederum beweist, zu welchem politischen Schlangentanz man gezwungen ist, wenn man angesichts schreiender Tatsachen die Fiktion vom ›friedlichen, demokratischen und freien Westen‹ unbedingt aufrecht erhalten will.«⁶⁸ Die der Sozialdemokratie nahestehende Presse bewegte sich in der Frage des Kolonialismus weitgehend auf der Linie der Mehrheit des Parteivorstandes, wie sich am Beispiel der *Hannoverschen Presse* (HP) zeigen läßt.⁶⁹ Der FLN wurde zwar nicht offen denun-

63 Kahn, *Beziehungen*, S. 235.

64 Sakiet ist ein Ort in Tunesien, der von der französischen Luftwaffe bombardiert worden war, weil dort Stützpunkte des FLN vermutet wurden.

65 *SoPo* 5/1958, S. 5 f.

66 HP vom 28. 11. 1958.

67 Kahn, *Beziehungen*, S. 236.

68 »Das Ungarn der Antillen«, *SoPo* 1/1958, S. 6 f.

69 Der Jahrgang 1958 der *Hannoverschen Presse* (HP) wurde ausgewählt, weil es sich bei der HP um eine vorwiegend von sozialdemokratischen Arbeitern gelesene Tageszeitung handelte, und es 1958 ausreichend

ziert, sondern als »algerische Rebellen«⁷⁰, »Nationalisten«⁷¹ oder »Aufständische«⁷² bezeichnet. Die Menschenrechtsverletzungen der französischen Armee kamen aber nicht oder nur indirekt zur Sprache. So hieß es in einem Bericht, französische Soldaten seien von den »algerischen Nationalisten« wegen Folterungen, Vergewaltigungen und Mord zum Tode verurteilt worden.⁷³ Ob diese Vorwürfe zuträfen, wurde nicht beleuchtet. Über die systematischen Terrorakte der französischen Armee erfuhr der Leser nichts.⁷⁴ Eine auf der Titelseite der *HP* abgedruckte Agenturmeldung, in der die französische Regierung die »Ausdehnung der atlantischen Solidarität auf die nordafrikanische Welt« forderte und behauptete, dort stehe »nicht nur das Schicksal Frankreichs, sondern auch das Schicksal aller freien Völker auf dem Spiel«⁷⁵, blieb unwidersprochen. In einem diesbezüglichen Kommentar hieß es lediglich, Frankreich habe es versäumt, »Algerien zur rechten Zeit die angemessene Eigenständigkeit und Selbstregierung zu gewähren«⁷⁶. Dabei wurde offengelassen, ob damit die Selbstregierung durch den FLN oder die Selbstregierung durch die französischen Siedler in Algerien gemeint war.

Angesichts der teils unzureichenden, teils die Tatsachen verschweigenden oder verdrehenden Berichterstattung in der westdeutschen Presse bekam die Entwicklung einer Gegenöffentlichkeit durch die verschiedenen Aktivitäten der an der Algerien-Solidarität beteiligten Gruppen eine große Bedeutung.⁷⁷ Mit ihren bescheidenen Mitteln versuchten die Linkssozialisten, das herrschende Informations- und Interpretationsmonopol zu unterlaufen. Auch wenn diese von einem breiten Bündnis getragene Aufklärungs- und Solidaritätsarbeit für den FLN in der Bundesrepublik insgesamt nur eine begrenzte Wirkung entfaltete: Sie bildete ein wichtiges Element der anticolonialen Revolution in Algerien, die keinesfalls wesentlich auf den militärischen Erfolgen, sondern vor allem auf der Diplomatie der Algerier fußte. Geschickt verstand es der FLN, die aus dem Kalten Krieg und den unterschiedlichen Interessen der westlichen Staaten resultierenden Widersprüche zu nutzen und sich eines breiten Rückhalts bei den blockfreien Staaten sowie der Sympathisanten eines Dritten Weges zu versichern. Für die beteiligten sozialistischen Aktivisten hatte die Algerien-Solidarität in doppelter Hinsicht Bedeutung: Einerseits konnte auf die eklatanten Widersprüche der herrschenden Ideologie des »freien Westens« aufmerksam gemacht und ein breiteres linkes Spektrum angesprochen

Anlässe gab, die Algerienfrage und die Haltung der SPD dazu zu thematisieren: Die Protestaktionen von PNL-Sympathisanten am 1. Mai, den französischen Angriff auf Sakiet, die Zerrüttung der IV. Republik, die Machtübernahme de Gaulles oder das Treffen de Gaulles mit Adenauer in Bad Kreuznach.

70 *HP* v. 22./23. 11. 1958.

71 *HP* v. 3./4. 5. 1958.

72 *HP* v. 21. 11. 1958.

73 *HP* v. 10./11. 5. 1958.

74 Leggewie, Kofferträger, S. 29.

75 *HP* v. 14. 5. 1958.

76 *HP* v. 15. 5. 1958.

77 Vgl. dazu Reimar Lenz, *Der Krieg in Algerien. Unsere Mitverantwortung für Algerien. Das Argument* Nr. 15, 3/1960. Wieder in: *Das Argument. Reprint* Nr. 1–17, Berlin 1974, S. 141–169.

werden, andererseits stabilisierte die Solidaritätsarbeit gerade in der Phase der Krise der sozialistischen Linken nach 1958 den inneren Zusammenhalt ihrer organisatorischen Kerne. Die Bedeutung der Unterstützungsarbeit in der Bundesrepublik für den algerischen Befreiungskampf hob Helmut Wendler, einer der Aktivisten aus dem trotzkistischen Umfeld, hervor: »Algerien und der dortige revolutionäre Prozeß waren für uns wichtige Fragen, die ganz im Zentrum standen. Mit 'ner Orientierung nur auf die Kämpfe hier in der BRD wäre das sehr schwierig gewesen, besonders zwischen [19]57/58 und [19]60/61. Da war ja wirklich nichts los hier.«⁷⁸ Und Georg Jungclas betonte in einem Rückblick zum zehnjährigen Bestehen der *SoPo*: »Diese kleine Rückschau zeigt unser Bemühen, den Fortgang der Entwicklung zum Sozialismus in den verschiedenen Teilen der Welt als eine dialektische Einheit zu sehen. In dieser Entwicklung sind die Kämpfe der Kolonialvölker ebenso eine Etappe wie die Entstalinisierung im Ostblock.«⁷⁹ Für die beteiligten jüngeren Aktivisten der Arbeiter-Jugendverbände und des SDS wurde die Auseinandersetzung mit der anticolonialen Revolution in Algerien zu einem wichtigen politischen Lern- und Experimentierfeld, in dem in kleinerem Maßstab kommende Konflikte vorweggenommen wurden. Das Verhältnis der westlichen Staaten zur Dritten Welt blieb ab Ende der 50er Jahre ein Dauerthema innerhalb der linken Publizistik und beförderte die Bildung kritischen Bewußtseins über das Wesen der westlichen Demokratie.

Auch wenn die teils offenen, teils verdeckten Aktivitäten der Linkssozialisten zugunsten der anticolonialen Revolution in Algerien auf der Gegensätzlichkeit der internationalen Interessenkonstellation und vor allem der Widersprüchlichkeit der westdeutschen Außenpolitik beruhten: Es war ihre »private Nebenaußenpolitik«,⁸⁰ welche die Abkehr von der »Nibelungentreue des Parteivorstandes zur SFIO« und eine grundlegende Auseinandersetzung mit Fragen der Dritten Welt einleitete.⁸¹ Lange bevor das Thema Entwicklungshilfe auf die politische Agenda gesetzt wurde, entwickelten die kleinen linkssozialistischen und linkskatholischen Gruppen aus eigener Initiative politische Ansätze, die später, wenn auch meist in anderem Sinne, Allgemeingut wurden. Es wäre allerdings verfehlt, wie Thomas Scheffler in dieser Neuauflage der parteiübergreifenden Kooperation zwischen dem sozialistischen und linkskatholischen Milieu eine Form der Vorübung für die große Koalition zu sehen.⁸² Die Algerien-Solidarität stand ganz im Gegenteil in grundlegender Opposition zur Außenpolitik der Regierung Adenauer und der sie darin unterstützenden SPD-Führung, die versuchte, sich »diplomatisch durchzulavieren.«⁸³ Im Kern handelte es sich um eine Neuauflage der Koalition, die auch die

78 Leggewie, Kofferträger, S. 123.

79 »Zum zehnjährigen Bestehen der Sozialistischen Politik«, *SoPo* 9/1964, S. 12. Dieser Rückblick erschien im Namen der Redaktion, geht aber auf Jungclas zurück, wie aus einem Rundbrief Peter Schuhs v. August/September 1964 hervorgeht. *SoPo*-Korrespondenz, S. 717.

80 Scheffler, Algerienkrieg, S. 64.

81 Ebd., S. 52.

82 Ebd., S. 13.

83 Kahn, Beziehungen, S. 244.

Neuordnung nach 1945 wesentlich getragen und die große Teile der Arbeiterbewegung einschließlich des Sozialkatholizismus umfaßt hatte. Zudem agierten die deutschen »Kofferträger« weitgehend außerinstitutionell und wurden von denjenigen Kräften, die später die große Koalition bildeten, beargwöhnt und behindert. Die Algerien-Solidarität nahm insofern nicht die Große Koalition, sondern die außerparlamentarischen Opposition vorweg.

Grundsätzliche Problematisierung der Entkolonialisierung aus sozialistischer Sicht

Das dramatische Scheitern der IV. Republik in Frankreich bildete den Anlaß einer grundlegenden Problematisierung des Charakters der Nachkriegsordnung. In Frankreich war es weder zu einer massenhaften Unterstützung des algerischen Unabhängigkeitskampfes noch zu einer wirksamen Verteidigung der demokratischen Rechte gegen die Obristen der französischen Kolonialarmee gekommen, sodaß 1958 mit de Gaulle eine autoritäre innenpolitische Wendung eintrat. In dem Beitrag *Frankreichs Sozialisten verpassen ihre Chance*, der vermutlich von dem französischen Trotzlisten Pierre Frank stammte, erfolgte in der *SoPo* erstmals eine grundlegende Auseinandersetzung mit dem Verhältnis der Arbeiterbewegung zur Dritten Welt.⁸⁴ Nüchtern wurde konstatiert, daß es zu keiner massenhaften Solidarisierung französischer Arbeiter mit den algerischen Aufständischen gekommen sei. Die Konsequenzen daraus reichten auf die internationale Ebene: »Die algerischen Arbeiter, die sich von ihren »weißen« Verbündeten verlassen sehen, suchen unter den farbigen Völkern Sympathien für ihre Sache zu wecken. In dem Maße, in dem ihnen das gelingt, wird zu der in zwei Lager gespaltenen Arbeiterbewegung ein drittes, neutralistisches treten, das den ganzen afrikanisch-asiatischen Block umfassen wird.«⁸⁵ In einer Analyse wenige Jahre später, die vermutlich ebenfalls von Frank stammte, hieß es, man werde damit zu rechnen haben, »daß die neue afrikanische Führungsschicht, die ihre Wurzeln in der Gewerkschaftsbewegung hat, das Modell ihrer Vorstellungen viel eher in China oder Jugoslawien finden wird, als in einer anderen Gesellschaftsformation, etwa der des Westens. Die sozialistischen Parteien haben ihrerseits nirgendwo ein Modell geschaffen, dessen Nachahmung für Afrika möglich oder sinnvoll wäre.«⁸⁶ Mit der Frage, warum die Arbeiterschaft nicht auf den Algerien-Krieg und das Ende der IV. Republik reagiert habe, wurde ein grundsätzliches Problem angeschnitten, das eine grundlegende Neuorientierung herausforderte. In dem Artikel *Zwischenakt in Frankreich* in der *SoPo*⁸⁷ wurde die These vertreten, die Enttäuschung über die kommunistische und sozialistische Führung sei nicht der alleinige Grund der mangelnden Reaktionsfähigkeit der Massen. »Der Antikolonialismus ist, da die Arbeiter von der kolonialen Ausbeutung zeitweilig profitierten, kein spontanes Ergebnis der proletarischen Existenzbedingung.«

84 *SoPo* 5/6/1956, S. 7 f. Signiert mit »Rolf Lange«.

85 Ebd.

86 »Afrika: Befreiung ohne Freiheit«, *SoPo* 9/1960, S. 3 ff. Signiert mit »David«.

87 *SoPo* 8/1958, S. 2 ff.

Die Erziehung der Arbeiter durch Arbeiterorganisationen sei fehlgeschlagen, da die sozialistische Partei selbst zur Verfechterin des Kolonialismus geworden sei.⁸⁸ Erstmals wurde hier der Zusammenhang zwischen der sozialen Integration der Arbeiterschaft in den Industriestaaten auf der Basis internationaler Ausbeutungsverhältnisse und deren Abneigung gegen eine revolutionäre Umgestaltung der kapitalistischen Metropolen problematisiert – eine Frage, die in den 60er Jahren an Brisanz gewinnen sollte.

Zudem fanden die Auswirkungen des Zusammenbruchs der Kolonialreiche auf die internationalen Beziehungen eine eingehende Auseinandersetzung. Beispielhaft dafür ist neben einer Analyse von Ernest Mandel über die Entwicklung des politischen Verhältnisses zwischen den Blöcken⁸⁹ die Problematisierung der Auswirkungen der Kolonialrevolutionen auf die innerdeutschen Beziehungen von Wolfgang Abendroth. Die Sowjetunion, so Abendroth, werde durch die Schwächung des Westens infolge der anticolonialen Revolutionen in ihren deutschlandpolitischen Positionen gestärkt.⁹⁰ Die UdSSR habe ein Interesse, die Kriegsgefahr, die aus den offenen juristischen Fragen der Teilung Deutschlands resultiere, zu verringern. Die Länder der Dritten Welt hätten ein Interesse, »daß das Machtgewicht des Westblocks nicht erneut in einer Weise wächst, daß diese Staaten wieder in die Gefahr neokolonialistischer Beherrschung bringen müßte.«⁹¹ Die blockfreien Staaten unterstützen daher die Politik der UdSSR bezüglich der rechtlichen Anerkennung des Status Quo. Die westliche Arbeiterbewegung, mutmaßte Abendroth, werde sich nun auf einen solchen Kurs zubewegen. Es werde daher höchste Zeit, »daß sich auch in der deutschen Sozialdemokratie die Kräfte wieder sammeln, die jenseits aller verständlichen Ressentiments, denen die barbarische Herrschaft Ulbrichts ständig neuen Stoff liefert, eine realistische Außenpolitik auf der Grundlage der Solidarität mit den Arbeiterbewegungen der anderen europäischen Länder, den blockfreien Staaten und den kolonialrevolutionären Bewegungen fordern.«⁹²

Mit dem Sieg der revolutionären Bewegungen in Kuba und Algerien rückte der Versuch, deren Beitrag für die Entwicklung des Sozialismus auf internationaler Ebene abzuschätzen, in den Vordergrund. Die unmittelbar politische Bedeutung der Unabhängigkeit Algeriens betonte S. Pierre alias Pierre Frank, indem er Passagen aus einer Rede des führenden FLN-Funktionärs Ben Khedda zitierte: Der algerische Befreiungskampf sei »eine wichtige Lehre für die noch vom Imperialismus unterworfenen Völker«. Er habe »den Mythos der Unbesiegbarkeit des Imperialismus zerstört.«⁹³ Der algerische Staat werde sein politisches und soziales Regime selbst bestimmen. Obwohl es weiterhin französische Militärstützpunkte in Algerien geben werde, bleibe Algerien der Politik des Neutralismus und der Bündnisfreiheit treu, wie sie zuvor in Belgrad auf der Konferenz

88 Vgl. »Mollet auf dem Triumpfwagen de Gaulles«, *SoPo* 10/11/1958, S. 5 f. Gezeichnet mit »S. Durand«.

89 »Zwischen Kaltem Krieg und Entspannung«, *SoPo* 9/1957, S. 1 f. Gezeichnet mit Pierre Gousset.

90 »Zur außenpolitischen Lage«, *SoPo* 10/1961, S. 1 f.

91 Ebd.

92 Ebd.

93 »Der Sieg des algerischen Volkes«, *SoPo* 4/1962, S. 2 und 7.

der blockfreien Staaten definiert worden sei. Die innere Entwicklung Algeriens wurde aber nicht den Erwartungen gerecht, welche insbesondere die Trotzlisten gehegt hatten. Im Kampf um den politischen und sozialen Inhalt der algerischen Revolution, hieß es im Kommentar eines algerischen Mitglieds der IV. Internationale, sei die entscheidende Frage, »ob man das Volk selbst in den Prozeß des Aufbaus eingreifen läßt, oder aber ob man eine neue staatliche Bürokratie als Peitsche des Fortschritts benutzt. Wird man den Weg Fidel Castros der Selbstmobilisierung der Masse wählen oder aber den Weg Nehrus, der in seinen Resultaten keineswegs zu überzeugen vermag?«⁹⁴ Aus Sicht der Trotzlisten verlief die Entwicklung des unabhängigen Algerien alles andere als in die gewünschte Richtung; von einem Aufbau eines wie auch immer gearteten Sozialismus konnte nach 1962 kaum die Rede sein. Dennoch blieben manche Sozialisten wie etwa Konrad Frielinghaus der algerischen Sache treu und arbeiteten am wirtschaftlichen Aufbau des nordafrikanischen Landes mit.⁹⁵

Infolge der gegenrevolutionären Entwicklungen in Algerien geriet Kuba in den Fokus der Aufmerksamkeit. Der positive Bezug auf Kuba stellte eine Wende in der Einschätzung der kubanischen Befreiungsbewegung durch die Trotzlisten dar. Noch Anfang 1959 hatte der Kontaktmann der IV. Internationale in Lateinamerika, Felipe Olmoz,⁹⁶ »Fidel Castro und seine kleinbürgerliche, programmlose und von vielen Widersprüchen erfüllte Bewegung« scharf kritisiert. Kaum ein Jahr später wurde zur bedingungslosen Solidarität mit der kubanischen Revolution aufgerufen.⁹⁷ Die Entwicklungen in Kuba forderten mehr als die in Algerien zu einer tiefergehenden Auseinandersetzung heraus. Erhellend für die Ausstrahlungskraft der kubanischen Revolution ist die ökonomische Analyse des kubanischen Gesellschaftsmodells von Erich Gerlach. Gerlach griff auf eine Rede Paul Sweezys zurück, die dieser vor kubanischen Funktionären gehalten hatte. Diese Rede war in Sweezys Zeitschrift *Monthly Review* abgedruckt worden und wurde in der *SoPo* auszugsweise nachgedruckt.⁹⁸ Sweezys Vortrag, so Gerlach einleitend, gebe eine anschauliche Einführung in die Theorie und Praxis der Wirtschaftsplanung. »Er zeigt darüber hinaus die besonderen Probleme der Wirtschaftsplanung in den unterentwickelten Ländern« und mache insbesondere deutlich, »warum kapitalistisch-marktwirtschaftliche Methoden der Industrialisierung für unterentwickelte Länder ungeeignet sind.«⁹⁹ Sweezy führte in seinem Vortrag aus, daß die Bourgeoisie in den

94 Ali-Ibn-Youssouf, »Algerien: die ununterbrochene Revolution«, *SoPo* 7/1962, S. 8. Vgl. auch: »Der soziale Inhalt der Kolonialrevolutionen«, *SoPo* 11/12/1961, S. 9 f. Es handelt sich um Auszüge aus einem Interview der algerischen Zeitung *El Moudjahid* mit FLN-Funktionären über die Verbindung von nationaler und sozialer Revolution.

95 Vgl. Leggewie, Kofferträger, S. 124 ff.

96 Ob es sich um ein Pseudonym handelt, konnte nicht geklärt werden. In unregelmäßigen Abständen wurden ab 1959 Beiträge von Olmoz über lateinamerikanische Länder in der *SoPo* abgedruckt. Die Argumentationsweise des Autors sowie der positive Bezug auf die trotzkistischen Gruppen in Südamerika legen eine Mitgliedschaft Olmoz' in der IV. Internationale mehr als nahe.

97 Felipe Olmoz, »Die cubanische Revolution«, *SoPo* 1/1960, S. 6 f.

98 »Paul Sweezy spricht vor kubanischen Wirtschaftsfunktionären«, *SoPo* 10/1960, S. 9 ff.

99 Ebd.

Entwicklungsländern zu schwach sei, die Akkumulation gegen den Imperialismus voranzutreiben. Deshalb müsse der Staat die Forcierung der wirtschaftlichen Entwicklung übernehmen. Daraus resultiere das Problem der Planung. Die Entscheidung, welcher Teil des gesellschaftlichen Mehrproduktes investiert werden solle, sei dabei die zentrale Planungsentscheidung. Als allgemeine Richtschnur gelte das Ziel, die Investitionsrate zu maximieren; der Verbrauch solle soweit eingeschränkt werden, »wie es ohne nachteilige Wirkung auf die Produktivität der Arbeit möglich ist.«¹⁰⁰ Es müßten jedoch auch politische Faktoren berücksichtigt werden: Eine Erhöhung des Lebensstandards trüge dazu bei, die politische Basis der Revolution zu stärken; es könne daher gerechtfertigt sein, »die Investitionsrate geringer anzusetzen, als es aus rein wirtschaftlichen Gründen möglich wäre.«¹⁰¹ Die Investitionen müßten vorrangig den Zweck verfolgen, die wirtschaftliche Abhängigkeit der ökonomischen Monokultur durch Industrialisierung zu überwinden. Die Aufstellung des Plans, so Sweezy, erfolge notwendigerweise zentralisiert auf der Basis von Vorschlägen aus den einzelnen Sektoren. »In einem nicht geplanten System ist es die Aufgabe des Marktes, die Teilpläne aneinander anzupassen, und im besten Fall gelingt dies über eine Reihe von kostspieligen Fehldispositionen. In einem geplanten System ist es die Aufgabe der Planer, im Voraus die richtige Entscheidung zu treffen. Das können sie nur, wenn sie das System als Ganzes kontrollieren.«¹⁰² Das Geheimnis des kubanischen Erfolges lag freilich auf einer vollkommen anderen Ebene, wie Gerlach betonte. Entgegen der in der Bundesrepublik verbreiteten These, die kubanische Revolution sei auf die geheime Außenpolitik Moskaus zurückzuführen, interpretierte er die Revolution in Kuba vor dem Hintergrund der lateinamerikanischen Geschichte als Fortsetzung der mexikanischen Revolution:¹⁰³ Es war gerade nicht das in der Dritten Welt so populäre Modell der sowjetischen Wirtschaft, das den Kern der kubanischen Erfolge ausmache, sondern die im spanischsprachigen Raum verbreitete syndikalistische Unterströmung.¹⁰⁴

In diesen Überlegungen waren bereits alle wichtigen Aspekte angeschnitten, die in Bezug auf die Dritte Welt Bedeutung erlangen sollten. Mit der Auseinandersetzung mit den antikolonialen Bewegungen wurde einer Entwicklung Rechnung getragen, die aus der Stillstellung der politischen Klassenkämpfe in den Metropolen resultierte. Die vorherrschenden Ideologien und die materielle Situation der Arbeiterschaft in den westeuropäischen Staaten wurden dabei problematisiert, ohne jedoch der Frage weiter nachzugehen, ob möglicherweise im System internationaler Arbeitsteilung die Arbeiterklassen in den Industriestaaten eine soziale Stellung erreicht hätten, die das Ende

100 Ebd.

101 Ebd.

102 Ebd.

103 Erich Gerlach, Emiliano Zapata und Fidel Castro. (Zum 50. Jahrestag der mexikanischen Revolution). *SoPo* 1/1961, S. 7 ff.

104 Die Tatsache, daß der kubanische Realsozialismus sich neben dem chinesischen Regime nach 1989 hat stabilisieren können, spricht für die These der Bedeutung der jeweils spezifischen sozial-kulturellen Traditionen.

der Arbeiterbewegung in ihrer bisherigen Form bedeuten würde. Zwar wurde erneut die These Lenins von der Arbeiteraristokratie in den industriellen Metropolen bemüht, sowohl die Trotzlisten als auch Abendroth blieben jedoch ihrer weltrevolutionären Auffassung verpflichtet, in deren Zusammenhang die antikolonialen Revolutionen einen zwar gewichtigen, aber eben doch nur einen Teil im internationalen Emanzipationskampf darstellten, der im Kern in den industriell fortgeschrittenen Ländern auszufechten sei. Die Trotzlisten versuchten, die Möglichkeiten und Grenzen einer in ihrem Sinne revolutionären Politik in der gegebenen historischen Phase aufzuzeigen. Für sie stellten die antikolonialen Revolutionen eine Etappe eines an sich ungebrochenen revolutionären Weltprozesses dar, den es zu organisieren und voranzutreiben gelte. Die revolutionären Bewegungen nahmen jedoch keine Vorbildfunktion für die Emanzipationsprozesse in den kapitalistischen Zentren ein. Die eigene politische Taktik aus den Erfahrungen von unter vollkommen anderen Bedingungen agierenden Bewegungen abzuleiten, wie das etwa während der chinesischen Kulturrevolution der 60er Jahre der Fall war, widersprach dem trotzkistischen Selbstverständnis vollkommen. Wolfgang Abendroth ging weitgehend mit dieser Position konform; seine Bezugspunkte lagen in den Traditionen der deutschen und europäischen Arbeiterbewegung, die es zu reaktivieren gelte. Neben dem von ihm immer wieder hervorgehobenen Aspekt der Stabilisierung der Reste von Klassenbewußtsein bildete die Verbreitung von unterdrückten Nachrichten, Hintergrundinformationen und Einschätzungen einen Ansatzpunkt für die Überwindung der Ideologie des »freien Westens«, da einerseits die Werte der westlichen Demokratien mit der tatsächlichen Praxis der westlichen Staaten in der Dritten Welt konfrontiert wurden und andererseits mit der Analyse der geschichtlichen Dynamik der Weltgesellschaft insgesamt der Horizont einer idealistisch-moralisierenden Betrachtungsweise der Blockkonfrontation überschritten wurde.

Erich Gerlach dagegen untersuchte, ähnlich wie im Falle Jugoslawiens, Spaniens oder Ungarns, die Möglichkeiten des sozialistischen Aufbaus in unterentwickelten Ländern, um Rückschlüsse für die Sozialismuskonzeption in den entwickelten Industriestaaten zu ziehen. Sein Interesse galt der Überwindung der überlieferten Sozialismusvorstellung der Arbeiterbewegung in Deutschland als Voraussetzung für eine veränderte Praxis. Gerlach selbst blieb zwar den Traditionen und Erfahrungen der europäischen Arbeiterbewegung verbunden: Mit seiner Suche nach geistigen Impulsen außerhalb Europas nahm er eine Entwicklung vorweg, die für die antiautoritäre Bewegung der 60er Jahre charakteristisch werden sollte: Die fundamentale Kritik an der Lebensweise in den westlichen Ländern führte zu einer breiten Auseinandersetzung mit den außereuropäischen Kulturen etwa im Bereich der Philosophie oder der Medizin. Gerlachs praktische Solidaritätsarbeit konzentrierte sich aber schwerpunktmäßig auf Spanien. Neben einer regelmäßigen Berichterstattung über den Kampf gegen die spanische Diktatur veröffentlichte er auch Aufrufe zur Spendensammlung.¹⁰⁵

¹⁰⁵ Vgl. Kritidis, *SoPo*, S. 133.

Besonders für die damalige SDS-Generation war die Solidarität mit der algerischen Revolution ein »Schlüsselerlebnis«.¹⁰⁶ In der *neuen kritik* avancierte die Auseinandersetzung mit Fragen der Entkolonialisierung, der Entwicklungen in der Dritten Welt und des Neoimperialismus zu einem zentralen Thema. So setzten sich etwa die ehemalige KPD-Vorsitzende Ruth Fischer und der *Funken*-Mitarbeiter Herbert Tulatz mit grundlegenden Fragen der kolonialen Bewegung auseinander.¹⁰⁷ Hans Jürgen Krahl und Oskar Negt haben die Bedeutung der Lernprozesse betont, die aus der Auseinandersetzung mit den Entwicklungen in der Dritten Welt resultierten.¹⁰⁸ Mit dem Algerien-Krieg wurde die »abstrakte Gegenwart der Dritten Welt in den Metropolen« (Negt) erstmalig konkret.¹⁰⁹ Die Aufklärungs- und Solidaritätsarbeit, welche die Protagonisten der alten Linken und des SDS betrieben, hat vielleicht wie bei keinem anderen Thema die Politik der Studentenbewegung der 60er Jahre vorweggenommen.¹¹⁰

2. Stabwechsel: Von der Linkswende im SDS zum Ausschluß aus der SPD

Seit Mitte der 50er Jahre hatte sich unter dem Einfluß der älteren Generation von Sozialisten innerhalb der sozialistischen Jugendverbände eine linke Strömung entwickelt, die gegen Ende der 50er Jahre stetig an Boden gewann. Die Initialzündung dazu gab die Bewegung gegen die Wiederbewaffnung, die insbesondere breite Teile der Jugend ergriff. Kaum zehn Jahre nach den Verwüstungen des Zweiten Weltkrieges schickte sich eine deutsche Regierung an, eine neue Armee zu etablieren, deren Offizierskorps sich ausnahmslos aus ehemaligen Vollstreckern der NS-Kriegspläne rekrutierte. Vor dem Hintergrund einer weit verbreiteten pazifistischen Haltung bekam die Remilitarisierung zudem deshalb Brisanz, weil sie den männlichen Teil der Jugend vor die Frage des Kriegsdienstes stellte.¹¹¹ Hinzu kam die Debatte über die Ost-West-Kontakte, die den Zweifeln an der Deutschlandpolitik der Bundesregierung und damit auch am offiziellen Selbstbild der westdeutschen Republik Nahrung gab. Innerhalb der Sozialdemokratie wurde der SDS in wenigen Jahren zum Kristallisa-

¹⁰⁶ Briem, *SDS*, S. 86.

¹⁰⁷ Ruth Fischer, Zur Diskussion über das Problem der unterentwickelten Länder. *neue kritik* Nr. 2, S. 3 ff. Herbert Tulatz, Nigeria, ein afrikanisches Entwicklungsland. Ebd., S. 16 ff. Vgl. auch Ruth Fischer, Von Lenin zu Mao. Kommunismus in der Bandung-Ära. Düsseldorf/Köln 1956.

¹⁰⁸ Briem, *SDS*, S. 263.

¹⁰⁹ Leggewie, *Kofferträger*, S. 68.

¹¹⁰ Vor diesem Hintergrund ist die These Kraushaars (*Mythos*, S. 127), der Internationalismus der Neuen Linken sei ein Substitut für die Auseinandersetzung mit der deutschen Frage gewesen, zu differenzieren. Beide Aspekte haben nur sehr vermittelt miteinander zu tun; bis zum Bau der Berliner Mauer war die »nationale« Frage ein zentraler Bestandteil linkssozialistischer Programmatik und schloß die Solidarität mit der Dritten Welt keinesfalls aus; der Bau der Mauer verdeutlichte den Charakter der internationalen Ordnung, der sich besonders drastisch in der Ausbeutung der Dritten Welt zeigte.

¹¹¹ Vgl. Fichter/Lönnendonker, *SDS*, S. 28 ff.